

## Applaus, Applaus, Applaus!

Parallelaktion in der Epochenwende: Baerbock und Laschet auf dem Schild | Von Christoph Schwennicke

In einem der größten Romane deutscher Sprache arbeitet die Hauptfigur namens Ulrich über drei Bände hinweg ebenso engagiert wie vergeblich für eine sogenannte Parallelaktion, ein gleichzeitiges Thronjubiläum des österreichisch-ungarischen Kaisers Franz Joseph und dessen deutschen Pendant Wilhelm II. Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ beschreibt den Untergang der k.u.k.-Monarchie (im Roman: Kakanien) und der Monarchie allgemein, eine Epochenwende also.

Vergangene Woche hat sich in der aktuellen deutschen Politik auch eine politische Parallelaktion abgespielt, in einer Zeit, in der sich die Ära Merkel wie jene der beiden Kaiser seinerzeit dem Ende zuneigt, eine Parallelaktion auch in einer Epochenwende also. Union und Grüne haben dabei ihre jeweiligen Kanzlerkandidat:innen für die Bundestagswahl im September präsentiert – und es ist hinreichend beschrieben und vor allem bejubelt worden, wie glänzend und geräuschlos die Grünen es hinbekommen haben, Annalena Baerbock auf den Schild zu heben – und welch selbstzerstörerisches Schauspiel demgegenüber die Union über mehr als eine Woche geboten habe.

Das ist nicht verkehrt, aber zugleich etwas oberflächlich. Was waren das für Lobgesänge, die die Grünen sich da sichern konnten vorige Woche. Annalena Baerbock und Robert Habeck, die es beide ebenso unbedingt werden wollten wie bei der Union Markus Söder und Armin Laschet, einigen sich einvernehmlich hinter den Kulissen. Baerbock bezaubert sogleich die medialen Massen mit ihrer inhaltlich dünnen Ankündigung einer „anderen“ Politik. Es geht so weit, dass ihr am Ende eines Interviews auf Pro7 Beifall spendend wurde – nicht von Zuschauern, sondern von den beiden Befragern, einem Mann und einer Frau.



Zwei deutsche Politikerinnen im Gespräch (im Januar 2020, damals waren keine Masken notwendig).

Grüne Macht aber, das kann man festhalten, ist auch nicht anders als andere Macht. Sie ist ebenso archaisch wie jede Macht. Man darf daher fest davon ausgehen, dass es an Habeck weiter innerlich fressen wird, gar keine andere Wahl gehabt zu haben, als der Frau den Vortritt zu lassen. „Annalena“ spiele die Frauenkarte gar nicht, hat er vorher ein paar Mal gesagt. Das stimmt. Sie musste sie auch gar nicht spielen. Sie lag längst auf dem Tisch. Die Grünen, ausgerechnet die Grünen, kommen auch mit einem Mann um die Ecke, wo die beiden anderen Aspiranten-Parteien auch mit Männern daherkommen? Niemals.

Habeck hatte nie den Hauch einer Chance. Dass das in ihm arbeitet, hat er kurz nach der Nominierung seiner Kollegin in einem Interview in der *Zeit* auch offen eingeräumt. Zitat: „Nichts wollte ich mehr, als dieser Republik als Kanzler zu dienen“, sagte Habeck dort über seine „persönliche Niederlage“. Und beklagte sich über den Sexismus, dem er ausgesetzt gewesen sei, indem er auf sein Aussehen reduziert worden sei. Da hat er recht. Sogar mehr, als er glaubt. Denn Baerbock setzt sich ungeniert und erfolgreich in Szene. Man möge sich bitte dazu einmal die Aufnahmen ansehen, die zu ihrer Kür, frisch gephotshoppt, auf den Markt

geworfen wurden. Es sind genau solche Fotos, gegen die die Grünen sofort Sturm laufen würden, wenn sie Teil der Werbekampagne eines Autoherstellers wären.

Interessanterweise spielen sie mit ihrer Kandidatin aber genau auf der Klaviatur, die sie woanders sofort beklagen und anprangern. Das ist bigott und heuchlerisch. Es wäre interessant, was Alice Schwarzer zu diesen Fotos der grünen Spitzenkandidatin sagen würde. Baerbock setzt jedenfalls die Waffen einer Frau ungeniert ein. Das ist ihr gutes Recht. Gerhard Schröder und Willy Brandt sind auch von Frauen gewählt worden, weil sie die beiden attraktiv und sexy fanden. Aber dass eine Partei, die sich dem Kampf gegen Sexismus verpflichtet fühlt, derart mit zweierlei Maß misst, ist bemerkenswert.

Aber Photoshop allein wird Baerbock nicht ins Kanzleramt hieven, und wenn die kritischen Fragen schon nicht von Journalist:innen gestellt werden, dann wird sie der politische Gegner aufwerfen. Derweil trägt Habeck weiter seinen Schmerz des Unterlegenen mit sich herum – im Gefühl intellektueller Überlegenheit. Die grüne Schmusnummer hat das Potenzial, jederzeit als Trugbild aufzufliegen.

Das jedenfalls kann Armin Laschet und Markus Söder nicht mehr passieren.

**CHRISTOPH SCHWENNICKE**  
arbeitet seit über 25 Jahren als politischer Journalist u. a. für die *Süddeutsche Zeitung* sowie den *Spiegel*, deren Parlamentsbüros er leitete. Zuletzt war er Chefredakteur und Verleger des Polit-Magazins *Cicero*.

Sie wissen spätestens nach dieser brutalen Woche, woran sie wechselseitig sind, was sie aneinander haben, und vor allem: was nicht. Vor aller Augen haben sie ihren Kampf um die Kandidatur ausgetragen. Das dürfte eine reinigende, eine klärende Wirkung gehabt haben. Katharsis nennt man das im klassischen Drama. Sie folgt auf Furcht und Schrecken, Eleos und Phobos.

Armin Laschet hat keine neuen digital optimierten Bilder von sich auf den Markt geworfen. Und doch könnte es sein, dass sich ein neues Bild von diesem Mann nach dieser Woche durchsetzt, im Kontrast zum bisher allzu netten und etwas teigigen Armin Laschet. Er mag ungeniert agieren in Interviews und nicht so pointiert reden wie Baerbock oder Söder. Er mag manchmal etwas dünnhäutig und unsouverän erscheinen in seinen Auftritten. Und doch muss man eine solche Woche erst einmal durchstehen, die mit einem *Spiegel*-Titel „Häuptling Wirdsonix“ (handwerklich ein grandioses Cover in Anlehnung an Asterix und dessen Gallier-Häuptling Majestix) und der vollen Breitseite von Markus Söder beginnt. Mehr noch: Nicht nur durchstehen und wegstecken. Sondern am Ende auch als Sieger daraus hervorzugehen.

Laschet hat viel von Helmut Kohl – der übrigens auch sehr dünnhäutig und rhetorisch eher ungeniert war. Nicht dessen Körperfülle und Statur. Aber dessen Steherqualitäten und die Gabe, einer Partei wieder ihre ursprüngliche Breite zu geben, die sie bei Kohl hatte und unter Merkel verloren hat. Vielleicht ist er eine Mischung aus Kohl und Berti Vogts – beide lange unterschätzt, aber der eine war 16 Jahre lang Kanzler, und der andere führte sein Team zur Europameisterschaft. „Die Mannschaft ist der Star“, lautete bekanntlich sein Motto.

### AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



**GÜNTER BANNAS**

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

### Haken

Ein Eigentor mit Ansage? Die nun in Kraft gesetzte Bundesnotbremse hat Folgen, die über Corona und Föderalismus hinausgehen. Antreiber waren Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Vizekanzler Olaf Scholz. Nach allen Regeln der Kunst peitschten sie das Gesetz durch Bundestag und Bundesrat – trotz verfassungsrechtlicher Bedenken von Professoren, des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages und „ihrer“ Ministerpräsidenten.

Falls das Bundesverfassungsgericht das Gesetz (zum Beispiel wegen der Ausgangssperren) kassiert, wäre die Koalitionsführung von CDU, CSU und SPD blamiert. Die Opposition im Bundestag verweigerte die Zustimmung – FDP, Linkspartei und AfD mit Nein, Grüne per Enthaltung.

Dass der – nun an Merksls CDU geklammerten – SPD nicht wohl bei der Sache ist, zeigt ihre Empörung über die Grünen und deren Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock: Mit ihrer Enthaltung hätten sie sich der „Verantwortung“ entzogen. Doch keiner der avisierten Wunschpartener folgte der CDU/CSU-Spitze und dem SPD-Kanzlerkandidaten. Politische Führung, Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft sehen anders aus. Kein gutes Zeichen für die Zeit nach der Bundestagswahl.

Doch selbst, wenn das Verfassungsgericht die Notbremse passieren lässt, müssen sich Union und SPD auf ungemütliche Zeiten einstellen. Bislang waren die Verantwortung für die Corona-Bekämpfung (Impfstoffversorgung, Schul- und Geschäftsschließungen, Ausgangssperren) und damit die „Schuldfrage“ je nach Lage und Sachverhalt verteilt – auf Bund, Länder und Gemeinden. Von nun an ist alles, was misslingt, was widersprüchlich und unpraktikabel ist, nicht mehr „der“ Politik im Allgemeinen zuzuschreiben, sondern allein der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD. Regionale Eigenverantwortung und Initiativen wurden unterbunden. Als juristische Beschwerdemöglichkeit bleibt Betroffenen nur der Gang zum Verfassungsgericht; Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte wurden ausgehebelt. Ministerpräsidenten, Bürgermeister und Landräte können sich einen schlanken Fuß machen und den Zorn auf Berlin lenken. In selten parteiübergreifender Einmütigkeit wurde das Gesetz im Bundesrat kritisiert: Verfassungsrechtlich bedenklich, der Vielfalt der Lebenswirklichkeiten nicht angemessen. Für Merkel spielt das keine Rolle mehr. Sie geht von Bord. Im selben Boot aber sitzen die Kanzlerkandidaten Laschet und Scholz. Sie müssen sich unterhaken.

## Bedingt einsatzbereit –

– beim Impfen, im Katastrophenschutz, bei den Spezialkräften – und im Verteidigungsfall. Zur Lage der Bundeswehr | Von Björn Müller

Seit Ostern impfen Soldaten im 24-Stunden-Betrieb gegen Covid. Im saarländischen Lebach hat die Bundeswehr Deutschlands erstes Impfzentrum im Dauerbetrieb aufgezogen – 28 weitere könnten die Streitkräfte bieten, so Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Das militärische Handwerk, wirkt besonders leistungsstark im Kontrast zur zerfaserten Pandemie-Politik von Bund und Ländern.

Der wertvolle Hilfsbeitrag des Militärs gefällt und glänzt vor Politik und Öffentlichkeit. Unbeachtet bleibt, dass er auch die großen Probleme der Bundeswehr aufzeigt – auf Kante genähte Ressourcen und ungenügende Strukturen. Die Streitkräfte können ihre Amtshilfe nur mit improvisierten regionalen Führungsstäben leisten, die von den Teilstreitkräften aufgebaut wurden. Die für Katastrophenfälle vorgesehene territoriale Struktur über die Landeskommandos ist zu schwach. Unter anderem füllen beide Panzerdivisionen des Heeres die Lücke mit Stäben. Gerade diese Großkampfeinheiten wären jedoch ad hoc und intensiv gefordert, käme es zu militärischen Eskalationen an der Nato-Ostflanke. Die latente Gefahr dazu zeigen aktuell die Truppenmassierungen Russlands gegenüber der Ukraine. Für Mai haben Ministerin und Generalinspekteur „Eckpunkte“ für eine bessere Streitkräftestruktur angekündigt – angesichts des nahen Endes der

Legislaturperiode nur noch als Vorschläge. Die Kärnnerarbeit dafür kann erst die kommende Regierung leisten.

Aufs Gleis gesetzt wurde noch der „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz“. Zum Monatsanfang begannen erste Rekruten ihre Grundausbildung. Eine Marketingmaßnahme, um junge Leute für die Bundeswehr zu werben, und der Versuch, langfristig die 30 schmalen Heimatschutzeinheiten in den Ländern personell zu unterfüttern. Deren bereits bescheidene Sollstärke von 120 Mann wird fast nie erreicht. Das Konzept: In sieben Monaten werden die Rekruten für einen Reservendienst von fünf Monaten ausgebildet, der in den folgenden sechs Jahren zu leisten ist. Die Schwerpunkte: Objektbewachung, Hilfe bei ABC-Einsätzen und Feldjägerdienste wie Verkehrsführung. Aufgaben mit dem Fokus, die aktive Truppe zu entlasten – vom Katastrophenschutz bis zur Landes- und Bündnisverteidigung. Zum Auftakt wurde das Wehressort nicht müde, herauszustreichen, wie gut die Rekrutierung laufe. Allerdings ist die Ambition nur ein Mindestniveau: rund 1000 Rekruten im Jahr für ganz Deutschland. Entscheidend wird sein, ob dieses Ziel konstant verfolgt wird, damit über die Jahre die Heimatschutzeinheiten aufwachsen.

Konstanz hat auf jeden Fall der Unruheherd Kommando Spezialkräfte (KSK). Ende 2019 wurde bekannt, dass rechtsradikale Umtriebe in der Eliteeinheit ein Arbeits-

schwerpunkt des MAD sind. Die Ermittlungen offenbarten eine inkonsequente Führung des Verbands. Trotz Auflösung einer Kompanie samt laufender Reform des KSK sorgt der jahrelange Schlendrian für stetig weitere Offenbarungseide. Zurzeit geht es um die massenhaft unterschlagene Munition in der Truppe. Gegen den jetzigen Kommandeur läuft eine Untersuchung wegen einer Amnestieaktion zur Rückholung der Fehlbestände.

Selbst wenn die Nachwehen des KSK-Umbaus einmal abklingen, wird ein Problem bleiben, das sich nicht wegreformieren lässt. Die Stimmung in dem kleinen Spezialkräfteverband ist massiv vergiftet. Briefe an Abgeordnete des Bundestages und Wortmeldungen von KSK-Soldaten in den Medien zeigen, dass dort Reformen gegen selbst ernannte Loyalisten stehen, die sich als Opfer einer Hexenjagd sehen.

In Deutschlands maximal zurückhaltender Militärdoktrin spielt das Werkzeug Spezialkräfte keine essenzielle Rolle. Ein

**BJÖRN MÜLLER**  
ist freier Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Berlin und Redakteur bei *loyal – Magazin für Sicherheitspolitik beim Reservistenverband*.

strategisches Problem ist dagegen die anhaltende Rüstungsmisere. Das Kernproblem: Beschaffungsvorhaben werden regelmäßig in absehbare Sackgassen gesteuert. Zum Beispiel der schwere Transporthubschrauber. Dessen Preis wurde nach den Basismodellen der Anbieter kalkuliert. Unberücksichtigt blieben die technischen Sonderwünsche sowie ein stets teurer Abkauf von Rechten zu Wartung und Weiterentwicklung für die deutsche Industrie – eine Vorgabe des Bundestages. Die Beschaffung wurde folglich zu teuer und musste abgebrochen werden. Zurzeit bereitet das Verteidigungsministerium einen neuen Anlauf vor, der bis Ende Juni stehen soll. Klar ist: Eine substanzvolle Reform der Bundeswehr-Rüstung gelang bis dato nicht und wird eine Großaufgabe für die kommende Regierung.

Die Etat-Lage für die Streitkräfte bleibt unsicher. Die neuesten Eckwerte zum Wehretat bis 2025 von Ende März bilden nicht das Finanzvolumen ab, um das 2018

beschlossene Streitkräftekonzept umzusetzen. Das sieht vor, die Bundeswehr bis 2032 zu einer „Rahmennationarmee“ zu ertüchtigen, die über eine breite Fähigkeitspalette kleinere europäische Armeen andocken kann. Dafür veranschlagt die Bundeswehr Ausrüstungsinvestitionen von 130 Milliarden Euro über die laufende Dekade. Parallel dazu soll der Etat zum Unterhalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Laut Eckwerten steigt der Einzelplan 14 im nächsten Jahr an, um danach zu fallen.

Modellrechnungen des Lehrstuhls für Militärökonomie der Bundeswehr-Universität München kommen auf eine Unterfinanzierung des Verteidigungshaushalts von 15 Prozent. Der unangenehme Ausblick für die Bundeswehr: Das Rahmennationenkonzept überzeugt bei den Nato-Partnern. Allerdings betrachtet man es dort als einen deutschen Mindestbeitrag zur Verteidigung, nicht als großen Aufschlag, der Abstriche zulässt.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

**DER HAUPTSTADTBRIEF.**  
*Querdenker und Leerdenker:* Die Politik hat den Kampf gegen das Virus an die Verwaltung delegiert, schreibt **Frank Hofmann** – eine folgenreiche Abkündigung. *Erbsen zählen:* Warum das stete Schielen auf Umfragen keine so gute Idee ist, analysiert die Politikwissenschaftlerin **Dorothee de Neve**. Und: **Inge Kloepper** in ihrer Kolumne *Auf den zweiten Blick* über das eigentümlich helle Licht, in dem nach der schnellen Beerdigung der Super-League die kaum bessere Champions League dasteht. [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de)